



MARCO WANDERWITZ

DER PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄR IM
BMW UND BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG
FÜR DIE NEUEN BUNDESLÄNDER ÜBER SEINE
PARLAMENTARISCHE ARBEIT UND DRINGENDE
HANDLUNGSFELDER IN DEN NEUEN LÄNDERN

WAS HABEN SIE BISHER GEMACHT?

Seit 2002 vertrete ich direkt gewählt meinen Wahlkreis im Deutschen Bundestag. In der 17. Wahlperiode war ich Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 2013 bis 2017 dann deren kultur- und medienpolitischer Sprecher. Seit Beginn der laufenden Wahlperiode bin ich Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag und von März 2018 bis Februar 2020 war ich Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat.

WO SEHEN SIE DIE GRÖSSTEN HERAUSFORDERUNGEN IM OSTEN?

Wir müssen den Fokus noch mehr auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder legen. Es bedarf mehr Innovation, mehr „Qualität“ der Arbeit(-splätze) und mit Blick auf die Demografie mehr Gewinnung von jungen Fachkräften. Ebenso wichtig sind derzeit jedoch der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Demokratiestärkung und die Extremismusbekämpfung.

WELCHE ZIELE SETZEN SIE SICH FÜR IHRE ARBEIT IN DEN NÄCHSTEN MONATEN?

Das Einheitsjubiläum will gut vorbereitet und durchgeführt sein. Ich werde aber vor allem viel in den neuen Ländern unterwegs und damit ansprechbar, zuhörend und erklärend sein. —

mittelständischen Unternehmen die Entsendung von Mitarbeitern ins EU-Ausland erheblich erschwert. Kurzfristige Arbeitseinsätze, wie sie z. B. auch bei Wartungsverträgen im Maschinenbau üblich sind, würden auf diese Weise unmöglich gemacht. Beschwerde führen aber nicht nur Unternehmen: Auch Wissenschaftler, Polizeikräfte, Bürgermeister und selbst Seelsorger oder Assistenzpersonen für Menschen mit Behinderungen sind von der A1-Regelung betroffen. Deshalb werben die Minister für einen Kompromiss, bei dem für kurze und kurzfristige Tätigkeiten eine grundsätzliche Ausnahme von der vorherigen A1-Antragspflicht gelten soll.

MIT DIGITALEN TECHNOLOGIEN BÜROKRATIE ABBAUEN

Perspektivisch bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten, Unternehmen ganz von der Entsendebürokratie zu entlasten. So haben die europäischen Sozialpartner der Bauwirtschaft, deren Branche allein für 43 % aller Entsendungen in der EU steht, die Einführung einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsnummer vorgeschlagen. Unter dieser Nummer könnte zukünftig für jeden Arbeitnehmer, der ins europäische Ausland entsandt wird, festgehalten werden, ob und wo er sozialversichert ist. Bei Prüfungen im Entsendeland könnte der Versicherungsstatus von den Kontrolleuren in Echtzeit digital abgefragt werden – ganz ohne vorherige Beantragung und ohne die Pflicht, Papiere mit sich zu führen. Auf diese Weise wäre es möglich, illegale Beschäftigung und Sozialdumping noch effektiver zu bekämpfen, ohne den Binnenmarkt durch immer neue Bürokratie zu beeinträchtigen.

Der Bausektor ist traditionell besonders von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung und deswegen auch besonders von Bürokratie und Kontrollen betroffen. Mit der neuen Europäischen Arbeitsbehörde, die im Oktober 2019 ihre Arbeit aufgenommen hat, steht eine Institution zur Verfügung, die die Aufgabe übernehmen könnte, im Bereich der Bauwirtschaft mit dem Aufbau eines Europäischen Sozialversicherungsregisters zu beginnen. Dies wäre ein aktiver Beitrag dazu, dass der Binnenmarkt weiterhin ein echter Standortvorteil für den europäischen Mittelstand bleibt. —

KONTAKT

EIKE SACKSOFSKY

Referat: Grundsatzfragen der Dienstleistungswirtschaft

schlaglichter@bmwi.bund.de